

Sozial-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Erhöher des Blattes beträgt in Stadt und Land (einschließlich Post) bei freier Zustellung monatlich Mark 65.00, bei den Postbestellen abgeholt Mark 66.00 monatlich. Die abgedruckten Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Oktoberheft Mark 6.00, im ausserordentlichen Heft Mark 8.00. Reflektoren die Millimeter-Zeile Mark 15.00 im Oktoberheft und Mark 25.00 im ausserordentlichen Heft. Anzeigen-Einlage: zehn Uhr vormittags.

Verlags-Redaktion: Halle a. S., Neue Promenade 14 und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Nachrichtenzentrale: Gammels Nummer 1140 und 1142. Stadt-Verlagsstelle: Markt 24. Druck-Verlag: „Gesellschaft Halle'sche“; Druck-Redaktion: Danneberg-Reinhold-Druckerei, Halle a. S. Postfach-Nr. 2215. Verteilungsweg: „Postfach-Nr. 2215“. Einlieferungsort: „Postfach-Nr. 2215“. An der Halle. Bezugsbedingungen sind bitte nur bis zum 5. eines jeden Monats zum Schluss des laufenden Monats zulässig.

Vor Staatsumwälzungen in Griechenland?

König Konstantin abgereift / Die griechische Niederlage / Ablehnung der Bekenntnisformel.

Der zerbrochene Frieden.

Sèvres kaputt - Wann folgt Versailles?
In Sèvres, der Werkstatt des neuen französischen Vorkriegs, hatten die vier Weltmächte gleichwie im Verfallenen und in St. Germain einen Friedensvertrag konstruiert. Ihre Gewalttätigkeit und ihre profunde Unkenntnis in ethnographischer Hinsicht ließ sie für politische Willkürarbeit am wenigsten geeignet erscheinen. Die Kriegsergebnisse in Kleinasien haben jetzt den Frieden von Sèvres zerbrochen. Eigentlich ist er ja nie richtig zustande gekommen. Denn die Türken zogen sich einfach in das Innere von Kleinasien zurück. Den Sultan mit seiner Verfassung ließ man in Konstantinopel ein dekoratives Schattendasein weiterführen. Die politische Gewalt in der Reich-Türkei ging auf den verwegenen Kemal Pascha über. Dieser berief eine Nationalversammlung nach Angora, und gelehrt auf deren Befehle, lehnte er nach langwierigen Verhandlungen die Ratifizierung des Friedens ab. Gleichwohl verstand er es, die Entente zu trennen. Die imperialistische Gier der Franzosen nach neuen Eroberungen wachte er in der geschicktesten Weise politisch zu benutzen. Er machte ihnen Sonderverpflichtungen in Kleinasien und hinsichtlich der Bagdadbahn. Frankreich ließ sich sogar bereitfinden, einen besonderen Vertrag mit den Angoraisern abzuschließen. In England erregte dies Sondervertrag Staunen und Enttäuschung. Die Engländer haben im Laufe der Zeit sich hinter die Griechen gestellt, und schließlich lagen die Dinge so, daß der griechisch-türkische Krieg als ein Kampf der Entente untereinander angesehen werden konnte, wobei nur beide Teile sich damit begnügten, zwei kleine Hüter für ihre Pazifier und Londoner Hintermänner bluten zu lassen.

Die Kriegsergebnisse in Kleinasien haben jedenfalls die Unvollkommenheit des Friedensvertrages an einer Stelle offengelegt. Deutschland kann bei seiner Raubparasität und in der französisch-polnisch-schlesischen Unflammerung nicht an eine gewalttätige Befreiung denken. Aber der unmögliche Vertrag von Sèvres wird tödlicher dem Vertrag von Sèvres in die Grube nachfolgen. Wenn die Franzosen klug sind, treten sie selber für seine Revision ein, wie sie es hinsichtlich des Friedens von Sèvres tun.

Der Rückzug der Griechen.

Paris, 6. September. Der neueste griechische Seeresbericht belagt: Die Truppen der Küstarmee, die ihren Rückzug fortgesetzt haben, gingen bis auf die Linie Attika als Schloß zurück. Die Küstarmee weist einen feindlichen Angriff ab. Die Meldung, daß die griechische Regierung um englische Vermittlung eines Waffenstillstandes gebeten habe, wird demontiert. Mager der Übermittlung der Darstellung der türkischen militärischen Lage an die britische Regierung auf deren eigenen Wunsch hat die Wiener Regierung keinerlei Schritte, weder in London noch anderswo, unternommen. — Im Piräus fiel eine Volksmenge über italienische Matrosen her, die angeblich der griechischen Armee freigegeben vorgemorken hatten, und löste einen von ihnen. Der italienische Gesandte erhob deshalb Vorstellungen bei der Regierung. Der Gesandte in Angora ist in Rom teils der dortigen Presse mit, daß jede Hoffnung auf Waffenstillstand an drei Hauptbedingungen geknüpft sei: Räumung ganz Kleinasien, Wiederherstellung der türkischen Unabhängigkeit innerhalb der nationalen Grenzen, die Rückgabe ganz Thraziens einschließlich Ariarnopels.

Sensationsmeldungen aus Athen.

Paris, 7. September. (Eisene Drahtmeldung.) In seiner um 1/2 Uhr erscheinenden letzten Morgenausgabe veröffentlicht der Welt Parisien ein Telegramm aus London, das dort um 2 Uhr nachts aufgegeben wurde, in dem es heißt: Nach Informationen, die heute Nacht in London eingetroffen sind, soll König Konstantin Athen mit unbestimmter Bestimmung verlassen haben. Der griechische General Triantafyllidis soll von den Türken gefangen genommen worden sein. Offiziell wird mitgeteilt, daß zwei Korpskommandanten, von Obersten sowie 400 Offiziere und 10 000 Soldaten in türkische Gefangenenschaft geraten sind. Nach dem Fall von Bursa haben die Türken nunmehr die Stellungen am See von Bolandinn eingenommen. Sie setzen ihren Vormarsch in der Richtung auf Vandenma fort. Der nächste Fall von Smyrna wird erwartet.

Italiens Haltung.

Rom, 6. September. Da die Möglichkeit, daß Italien in einen türkisch-griechischen Konflikt eingreifen muß, näher gerückt ist, hat Schanzer keine Räucher nach Rom besendet. Auf Jacca wird für morgen erwartet. Auf der Contessa ist man der Ansicht, daß durch die griechische Niederlage eine veränderte Situation entstehen könnte, die Europa in Mitleidenschaft ziehe. Großgehör Juristenschulung des Auswärtigen Amtes hört man, London und Athen hätten die italienische Vermittlung angerufen, um einen Waffenstillstand zu erzielen. Damit liege Kom zwischen England und Frankreich in schwieriger Lage. Die Meldungen aus Athen demühen sich bezüglich, die für die Lage an der Front zu verzeichnen. Die Ernennung General Dusanis zum Generalstabschef wird bestätigt. Die griechische Kolonie in Rom ist optimistisch als jene in Konstantinopel, wo man den Umfang und die Richtung Venizelos erwartet. Samstag leitet den Schluß der Regierung. Die Stadt ist nach den Meldungen des „Giornale d'Italia“ reich belagert.

Das sozialistische Einigungsprogramm

Es stellt sich offensichtlich von allen Kraftausdrücken und Entschlossenheiten selbstverleugend demokratischer Parteiprogramme fern. Wenn natürlich auch gegen den Sozialismus polemisiert und der Klassenkampf als letztes Mittel zur Verwirklichung des Sozialismus hingestellt wird, so fehlt doch in der praktischen Forderungen die alten Lebensbilder von der Vergeßlichkeit der Produktionsmittel und von der Allmacht des Proletariats. Der Produktionswert ist das unumwundene Bekenntnis zur Republik und zur Weisheit. Die Arbeiterpublik der Unabhängigen und der Sozialisten, die Arbeiterpublik, Sozialisierung wird nur noch für die „Schulindustrialität“, insbesondere den Bergbau, gefordert. Die privatwirtschaftlichen Monopole sollen nicht beseitigt, sondern nur von der Arbeiterschaft „kontrolliert“ werden. Neben der Sicherung der Koalitionstreue und des Streikrechtes für Arbeiter wird in einem besonderen Satz nicht als Streikrecht, sondern als Ausmaß der Staatsbürgerschaft und wirtschaftlichen Rechte der Beamten verlangt. In der Außenpolitik soll Verständigung und Wiederaufbau Letztes sein. Man sieht, die Wehrheitssozialdemokratie hat viel geleistet und die Unabhängigen noch mehr.

Heutiger Stand des Dollars 1298!

Preussische Kirchenversammlung.

Berlin, 4. September. Die 3. Vollversammlung bringt Ausarbeitungen über die Bekenntnisfrage. Tagesordnung: 1. Antrag des Mittelschlesischen Provinzial-Synodal-Konferenz, 2. Antrag des Provinzial-Synodal-Konferenz, 3. Beratung der Kirchenverfassung und der dazu eingegangenen Anträge und der beiden Denkschriften. Bei vollendetem Punkte und nicht gefüllten Tribünen eröffnet der Vorsitzende Generalprokurator Dr. Reinhard die Sitzung. Der Antrag Meyer wird abgelehnt. Der Abgeordnete Kaufmann-Lippke begründet seine neue Fassung des Bekenntnisvorschlages. Die Kirche habe ein solches unmissbares Bekenntnis, das nicht zu ändern ist und unter das sich alle Christen zu beugen hätten. Er verlangt einen klaren Satz über die Atonie und die Kirche und Bekenntnisformen der Gemeinden. Eine neue Fassung des Bekenntnisvorschlages haben 50 Mitglieder der Provinzial-Synodal-Konferenz. Generalprokurator Dr. Reinhard begründet den Antrag in jeder eindrucksvollen Weise. Einmütig herrsche in der Versammlung darüber, daß der Bekenntnisstand sich nicht geändert habe. Seine Freunde hätten sich mit einer Nichtformulierung des Bekenntnisses abgefunden, da aber die beiden Denkschriften, die nicht gefüllt worden hätten, mühe man jetzt auf einer neuen Formulierung bestehen. Seine Freunde würden gegen die Fassung des Bekenntnisvorschlages stimmen. Ihre Fassung beziehe sich, in vollständiger Sprache, den Inhalt des Evangeliums klar und deutlich zu bezeichnen. Sie wolle nicht dem Kampf der Parteien, sondern der Wahrheit den Frieden dienen. Sie wolle auch den geringsten Schein lehrgedehrender Bindung an dem Abbruch des Bekenntnisvorschlages vermeiden. Sie wolle den Boden für eine Verständigung in der 3. Lesung vorbereiten. Eine solche erfordere die ungeheure Verantwortung der Versammlung vor Volk, Kirche und Gott. Beim Schluß des Berichtes prüft Prof. Dr. Stum-Berlin für die Mehrheit des Bekenntnisvorschlages.

Nachdem Professor Stum-Berlin die von der Mehrheit vorgeschlagene Fassung des Bekenntnisvorschlages warm verteidigt und besonders die Behauptung, die lehrgedehrende Bindung vorläge, bekämpft hat, begründet Dr. Stum-Berlin den Antrag der Minorität. Er behauptet, die Fassung des Bekenntnisvorschlages, die von der Mehrheit vorgeschlagen wurde, sei eine lehrgedehrende Bindung, die die Enthaltung des Bekenntnisses in der Fassung der Mehrheit. Die Radecke-Klein (Arzt-Vollstrecke) begründet den Antrag seiner Gruppe auf Wiederherstellung der Fassung der beiden Denkschriften, die sie zunächst aufgegeben hatte. Er verbreitet sich über den Gehalt der absoluten Evangeliums, das seine Erklärung und Bestimmung nicht habe. In der 3. Vollversammlung wurde weiter über die Bekenntnisfrage debattiert. Der Vizepräsident des Oberkirchenrats Dr. Kästner verteidigt die Fassung der beiden Denkschriften und die Denkschriften der Minorität gegen die Kritik des Generalprokurators Dr. Reinhard, der in dem Ausschuss erklärt habe, in der Sache sei man einig, nur über die Zweckmäßigkeit uneinig. Er legt den evangelischen Glaubensbekenntnis klar. Die evangelische Kirche betone den persönlichen Glauben und den Inhalt der Lehre. Die Schrift (Kirchl. Aufsatz) stellt als gemeinsamen Boden die gemeinsame Schrift und den gemeinsamen Schriftsatz dar. Gegenüber und die kirchliche Zusammengehörigkeit fest. Ein Ausweg aus der jetzigen Lage sei entweder die einmütige Annahme einer Verständigungsformel oder ein Verzicht. Der letztere führe entweder zur Trennung oder zur Genugtuung der gegenwärtigen Parteien. Er selber würde sich jeder Abstimmung, bei der die Mehrheit entscheiden sollte, enthalten. Professor Dr. Eger-halle preist über die Bedeutung des Evangeliums in der Fassung der beiden Denkschriften. Schluß des Berichtes während der letzten Rede.

Die Abstimmungen

Über den Bekenntnisanspruch fand am Mittwoch statt. Der Antrag Gled, der das allgemeine Priesteramt verfassungsmäßig ausgedrückt haben will, wird angenommen. Der Antrag Kaufmann wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Anträge Kaufmann und Radecke auf Wiederherstellung der Fassung der beiden Denkschriften werden in namentlicher Abstimmung mit 134 gegen 71 bei 1 Stimmenthaltung abgelehnt. Ebenso der Antrag von Berg mit 146 gegen 88 bei 2 Stimmenthaltungen, ebenso die Fassung des Bekenntnisvorschlages mit 126 gegen 78 mit 2 Stimmenthaltungen. Der 2. Absatz der Einkeltung wird ohne Gegenstimmen angenommen.

Die Hilfsaktion für Oesterreich.

Finanz- und Militärkontrolle.
Wien, 6. September. Nach übereinstimmenden Meldungen scheint man in Ententezonen in der Zeit einzufließen zu sein, eine Hilfsaktion für Oesterreich durchzuführen, wenn auch unter drückenden Bedingungen. Aber die Höhe der Anleihe, die Oesterreich erhalten soll, und über die Art, in der diese Anleihe zustande kommen soll, sind verschiedene unkontrollierbare Meldungen im Umlauf. Dagegen stimmen alle Meldungen darin überein, daß ein Kredit nur unter der Bedingung

geben wird, daß man in Oesterreich das bisher inner-
politische System beibehält und eine Kontrolle einführt.
Es wird sich allen Anschein nach um eine zweiseitige Kontrolle
handeln, um eine Finanz- und militärische Kontrolle. Letztere
soll durch eine internationale Gendarmerie ausgeübt
werden, um Oesterreich vor inneren Unruhen zu bewahren.
In Paris wird die Einleitung einer internationalen Gendar-
merie für Oesterreich der erste Schritt zur Lösung
Oesterreichs' bezeichnet.

Die Saarländer

wollen sich mit der Entscheidung des Völkervertrages, die ihnen
den verhängten Dr. Sector weiter als Regierungskommissar
aufzutragen, nicht zufrieden geben. Eine neue Wahrung ist
in Genf eingefordert, um dem Völkervertrage den Unwillen der
Saarländer über die Entscheidung zu unterbreiten. Obwohl
einige Mitglieder des Rates Bedenken gegen die Befestigung
Sector's ausgeprochen haben sollen, ist zu befürchten, daß
die nicht entsprechend den Wünschen der am meisten Beteiligten
aufgehoben wird.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen.

Eine große Reparationskonferenz im November?

Berlin, 7. September. (Eig. Drahtmeldung.) Die Verhand-
lungen mit den belgischen Vertretern sind gestern nachmittag
in Berlin aufgenommen worden. Sie befanden zuerst in einer gegen-
seitigen Orientierung und in einer prinzipiellen Auseinander-
setzung über den Sinn und die Anwendung des Pariser Entschei-
dungsbeschlusses von Deutschland an Belgien zu gebenden Schad-
wrafszahl. Abgesehen von dem Ergebnis dieser ersten Ver-
handlung nicht erwartet werden. Bei den anschließenden Stellen wird
auch das strengste Stillhalten über ihren materiellen
Anhalt bewahrt, doch wird die Mitteilung eines Berliner Blattes,
daß die Verhandlungen bereits vor dem Abschluß ständen, ent-
schieden demotiviert und die Auffassung betonen, daß sie noch
einige Tage dauern werden. Der Reichstag wird trotzdem in
der am Freitag angesetzten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses
eingehende Erörterung geben. In dieser Sitzung wird auch das
Wiederabnahmeformen der Industrie zur Debatte stehen. Am
Sonderabend mit dem Vortrage sind von französischer Seite die
bedeutendsten Führer der deutschen Wirtschaft zu einem Besuch der
verstorbenen Belgien Frankreichs geladen worden, der voraussicht-
lich Ende September erfolgen wird.

Berlin, 7. September. Die „Tägliche Rundschau“ teilt mit:
Wie mir aus zuverlässiger Quelle erfahren, rechnet man mit einer
Dauer der Verhandlungen bis Freitag oder Sonnabend. In den
Arbeiten dürften außer dem Finanzminister Derrms auch Staats-
sekretär Schröder, sowie der General von einer hohen Stelle nach
London zurückgeladene Staatssekretär A. D. Bergmann teilnehmen.
Von belandern unter der Seite sprach man sich u. a. folgen-
denmaßen über die Lage aus: Die Entscheidung der Reparations-
kommission bedeutet eine Lösung der Frage. Die Lösung kann
nur durch die große Konferenz erfolgen, auf der die Reparations-
frage in allen ihren Zusammenhängen behandelt wird. Mit ihrem
Abschluß und dem Ende November, heißt man in den Kreisen,
die der Genesende nahesteht, mit Sicherheit zu rechnen.

Schwedischer Dank.

Die schwedischen Gewerkschaften haben der deut-
schen Gewerkschaftsorganisation für ein Darlehen von 2 Mill.
Kronen bei einem Kontokorrentkonto gebührt, das zur Ver-
sorgung von Lebensmitteln und Kleibern unmittelbar nach
dem Siege verwendet worden ist. Ungefähr Millionen
Kronen sind zurückgezahlt worden, der Rest zu zahlen, war
infolge des Wertverlustes nicht möglich. Die schwedischen Ge-
werkschaften haben nun als „Mit für die von den deutschen
Arbeitslosen im Jahre 1909 gewährte Unterstützung“ diesen Rest-
betrag in Höhe von etwa 200 Millionen Papiermark über-
nommen.

Es ist dies das erste Mal, daß die deutschen Arbeiter
für ihre unermessliche Hilfe ausländischer Genossen ein Zei-
chen der Erkenntlichkeit setzen.

Der Deutsche Industrie- und Handelsrat beruft auf den 13.
September eine Sonderversammlung nach Berlin ein, in der Gebiets-
rat Dr. Huber-Berlin über den Entwurf eines Reichsreformgesetzes
für die Schaffung einer Handelskammer, der Art. 130 von der
Diskontogewaltigkeit-Berlin über die Rechte der Bank und die Bedeutung
des Handelswechsels in der jetzigen Zeit Bericht erstatten werden.

Ein „Kultur“-Brief.

(Nachdruck verboten!)

Sehr verehrte gnädige Frau und Freundin!
Vor wenigen Jahren, als das insolente Denkmalsweiser
Ermins, das Straßburger Münster, noch nicht die hellen,
schreienden Farben der Tricolor trug, hörte ich von
einem „Stedebauer“ (Straßburger Bürger) die denkwürdigen
französischen Worte: „Nous avons perdu nos monuments,
mais nous avons perdu notre culture“, was zu
deutsch etwa belagert: „Wir sind unter dem preußischen
Beim kulturell 40 Jahre leben geblieben.“ Mein Hinweis
auf den großartigen Aufschwung Gieseler-Lothringens und be-
sonders Straßburgs fruchtete nichts, eine lästige wegwerfende
Sonderbewegung, fertigte mich ab: „Nur, mit dem kulturell
nach.“ Das war effektiv und nicht besonders effizient,
denn die höchsten hohen Kartoffeln liegen nahe bei de-
alemannischen „Quadratschabel“, wie der gewöhnliche Fran-
lose die „befreiten Brüder“ vom Rhein liebevoll bezeichnet.
Gerade die deutsche aller deutschen Eigenschaften, die säbe
eigeninnige Beharrlichkeit, sprang mich so, ist so französisch zu-
rechtzuerkennen erregte mich der höchsten Bitte, die im Saus-
verton über den Begriff „Kultur“ zu ermitteln, den
irgendwem zwischen „Arbeiterklasse als Lebensversicherung“ zu
finden sei, ließ ich den miträuschlich blühenden Bourgeois
leben.

Sie sehen Ihre Bemerkung über die vielgestaltigen „Kul-
turen“ hier better illustriert und rügen mit Recht die Ver-
drängung des Begriffes zu politischen, technischen und wissen-
schaftlichen Angelegenheiten, aber ich verzeihen dabei, daß ein Wort,
ein Ausdruck nicht immer die Realität erfaßt, sondern
dann oft, besonders wenn er durch die Politik geleistet wurde,
genau Begriffs-Komplex fixiert. Das Wort Kultur ist la-
teinische Ursprungs, es stammt von „colere“, pflanzen, be-
forgen, und mithin wären ja all die lebenden Verhältnisse
wie Getreidekultur, Obst- und Gemüsebau, Hand-
werk, Fabrik, Garten, Wald, Gärten, Zimmer, und
Sprache und andere „Kulturen“ erklärbar und satisfaktionsfähig,
wenn — ja wenn eben der fröhliche Begriff nicht durch Ver-
schärfung und Philologie seine höhere Weiße und damit die
Möglichkeit der Unantastbarkeit erhalben hätte. Doch der un-
begreifliche Superlativismus und das große „U-“ und der
Keltische „U-“ kann keine Kultur neben dem römischen Adel,

Das Ringen um die Leuerung.

Die Beratung der wirtschaftlichen Lage im Reichstagsauschuss.

Berlin, 7. September. (Eigene Drahtmeldung.) Im Reich-
stagsauschuss für den 7. September, der sich nachmittags um
5 Uhr in einen Leberhörsaal für die gegenwärtige wirtschaftliche
Lage. Als größtes Unglück für unsere gegenwärtige Lage bezeich-
nete er den höchsten Stand der Welt. Daneben dürfe uns die
Schuldfrage in der Wirtschaft nicht über ihre Rolle
hinausgehen, die die unterste der großen Weltwirtschaften
bezeichnet und leidet auf der katastrophalen Höhepunkte be-
ruhe. Als erster Redner erhielt der Abg. Dr. Gildemeister
(D.P.) das Wort, der sich darüber beklagte, daß in wichtigsten
wirtschaftspolitischen Fragen Entscheidungen auf das Gutachten
des Reichswirtschaftsrates hin gefällt seien, ohne vorher den
Reichstag zu hören. Oberminister Dr. Zimmermann, dem Reichs-
finanzminister führte aus: Das Reichsfinanzministerium be-
schäftigt sich fortgesetzt mit der Frage, wie eine Währungs-
reform zu durchzuführen sei. Nicht jedoch die Befreiung der Wirt-
schaftslage für die erste Voraussetzung einer jeden Währungs-
reform. Abg. Dittmann (U.P.) befürwortete die Sperrung
der Tabakindustrie und forderte ein Verbot der Braunweiber-
herstellung und des Starbieres. Abg. Schiele (Dnt.) begründet
darauf seinen Antrag auf Abschaffung der Umlage-
steuer, die er als die Ursache der Krise bezeichnet. Hierbei
sei von dem Grundbesitze auszugehen, das dem Erzeuger die Ge-
bührenkosten im Rahmen der heutigen Selbstentwertung ersetzt
werden.

Abg. Gerkenberger (W.P.) stellte den Antrag, die
Reichsregierung zu beauftragen, die Währungsreform, die Ver-
besserung der Kreditverhältnisse (Beseitigung von Zinsdruck
und Minderzinsen), 2. angeht die Bekämpfung des Kartell-
wesens, den Zinsfuß von 15 Prozent Kartellen zum Protanordnen;
3. den Verkauf von Reichsbanknoten gegen Renten für Renten-
besitzer, 4. den Reichsfinanzminister beauftragen, die
Reichsbanknoten zurückgezogen werden. Abg. Dr. Giese (D.P.)
beachtete, daß die Tabakindustrie unzulässig aufgehoben werden
sollte. Reichswirtschaftsminister Schmidt hob hervor, in
etwa 14 Tagen werde die Vorlage über die Zolländerung ein-
gebracht werden, was dann zur Beseitigung der Sperre führe.
Reichsminister für den Reichsbanknoten, der in der vorhergehenden
Diskussion wiederholt aufgetauchten Gedanken, daß unbedingt
die höchste Steigerung in der Agrarproduktion erzielt werden
müsse. Es müßte ausgegeben werden, daß die im Umlagegesetz
festgesetzte Preise für das erste Drittel der Getreideumlage heute
in etwa 20 Prozent niedriger als die heute geltende sei. Die
Möglichkeit für ausformalen Gründen der im Gesetz festgesetzte
Preis unverändert zu lassen und statt dessen noch nicht fixierte
Preis für das zweite und dritte Drittel entsprechend zu erhöhen.

Gegen die Schlemmersteuer.

In einer Verammlung des Arbeitsgeberverbandes im Ge-
werkschaften in Berlin, zu der sämtliche Berufsvereinigungen
Groß-Berlins eingeladen waren, ist gestern abend einstimmig die
Anfrage vertreten worden, daß die von der Regierung vorgelegene
Verordnung nicht den berechtigten Interessen der in der
Praxis nicht ausübbar ist. Der Verband wird vor den äußeren
Konsequenzen nicht zurückweichen, so daß auch die reifliche Schiebung
aller Geschäftlichen und Hotels in den Bereich der Abrechnung-
regeln zu stellen ist.

Die Sanierung der Post.

Reformen in der Personalwirtschaft des Postfiskus.

Berlin, 7. September. (Eigene Drahtmeldung.) Ueber die
Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbesserung der Postspol
sind in den Kreisen der Postverwaltung folgende Meinungen
geäußert worden: Die Personalwirtschaft der Postverwaltung
erfordert die größten Schwierigkeiten für die Sanierung gezielte
Reformmaßnahmen sind erforderlich. Die Personalwirtschaft in allen
Teilen des Reichspost- und Telegraphenbetriebs befristet. Schon
seit langem überlegen, daß die Arbeiten des Auschusses handels-
schen Grundlagen treffen werden. Mehr als bei den früheren
Maßnahmen sollen die Personalwirtschaft des Postfiskus
aufgegriffen werden. Es sind im
Kalenderjahr 1921 im ganzen 26.100 Arbeitskräfte abgezogen
worden. Eine weitere Verminderung des Personalbestandes um
7.850 Köpfe ist in dem Verlaufe vom 1. Januar bis 31. März
1922 zu erwarten. Um die Besetzung des Personalbestandes
sicherer zu erfassen, und das häufig erforderliche Personal auf
das niedrigste Maß zurückzuführen ist die Postspolverwaltung
bau übergegangen, alle alten Verkehrsämtern die Zahl der zur
Abwicklung der Geschäfte in jedem Zweig erforderlichen händigen
Dienststellen festzulegen und das darüber hinaus vorhandene
Personal, so weit als möglich, auf Verkehrsämtern zurückzuführen.
Erkrankte oder sonst abwesende Beamten gefordert zu behandeln.
Bei einer größeren Zahl von Verkehrsämtern wurde die Personal-
besetzung durch Beauftragte des Ministeriums geprüft mit dem
Ergebnis, daß aus diesem Anlaß im ganzen bis jetzt etwa
1.800 Köpfe Personal abgezogen wurden. Die Personal-
überwachung trauft gemeldeten Personals und die schon im

ber ihm wie dem ehrwürdigen Confucius Göße und Welt-
mitteilung zugleich ist.

Es gibt also eine ansehnliche Reihe sogenannter Kulturen,
aber nur eine Kultur, wie denn das Erhabene sich überhaupt
durch Seltsamkeit auszeichnet. Ich sehe Ihre, die wertvolle
Substanz abweichende Gebärde, verehrte Freundin, aber das
Verständnis ist regelmäßig das Maß der Distanz. Es
gibt nur eine Kultur, die aber mit Zivilisation ebenso oft
und befristet verwechselt wird, als sie weit von jeder entfernt
ist. Die Zivilisationen der Völker und Stämme, der Rassen
und Klassen mögen allenfalls den breiten Grund, das Niveau
bedeuten, auf welchem das Individuum die Kultur aufbaut
oder aber die Kultur das Individuum gestaltet; sie müßen
ferner festhalten oder hemmende Voraussetzungen schaffen, die
Kultur weiter zu treiben, sie nicht bedingt. Wir finden Kulturträger
bei den heterogensten Zivilisationen, von denen sie sich gerade
durch die letzte Erhabenheit ihres einzigartigen Antlitzes
unterscheiden. Sind sie auch aus der breiten Volksmasse her-
vorgegangen, so liegt ihnen meist verändertes fern
der Propaganda gilt nichts im Voraus. Sie leben über-
haupt nicht mit der Welt gleich einem Janusport, das eine Welt
heiliger und erkenntnisreicher Weltraum, das andere aber die
gemeintliche Größe brauner Lebensinstanzen und das glatte
Vägel nachrichtigen Verlebens amend.

Sie kommen wir zu der grundlegenden Erkenntnis, daß
Völker und Gruppen nicht, sondern als Kulturträger be-
zeichnet werden können, sondern daß der Begriff Kultur den
Begriff Kultur unternehmend verstanden wird. Nichts ist hierzu:
Die Begriffe Freiheit und Sklaverei aneinandergerichtet
sind, so ist der Begriff Kultur an die Worte gebunden, d. h.
auf dem Rücken der breiten Masse erhebt sich befristet und
geföhnt das Einzelwesen und Einzelwesen als kulturell. Die
Larische, daß ein Volk, wie das deutsche etwa, eine große
Reihe Kulturträger hervorgebracht hat, ist ein Beweis für
die gerade treibende Kraft des Volkstums; sie aber darum
als kulturell zu bezeichnen, hieße das Voraussetzungen an
Stelle ihrer geföhnten Wirkung setzen. Die mit Vorliebe als
kulturell entwickelt bezeichneten Völker, wie z. B. das eng-
lische, zeigen neben großer sozialer Vereinenung einen hohen
gradigen Anteil an der Zivilisation und eine in kultureller
Hinsicht überlegene Bevölkerung. Die englische Kultur
ist ein Produkt der Arbeit und Literatur, ist hierfür ein prägender Be-
weis. In Amerika liegen die Dinge trotz vielgestaltigen rassi-
schen und sozialistischen Dungs nicht besser.
So erhebt sich denn der fähigste so angegriffene Bo-
griff als ein streng individueller, sein in sozialistischen Bo-

September 1921 verfaßte frühestufige Einforderung drücklicher Be-
nennung von Kräftegebieten haben eine Abnahme des Kräfte-
landes herbeigeföhrt. Das Reichspostministerium gibt
in kürzester Zeit auf Grund der gewonnenen Erfahrungen Rich-
tungen für die Beseitigung des Personal aus, die sich auf Bestim-
mungen gründen und die Beseitigung des Personal an händigen
Dienststellen im Verhältnis zu dem Betriebsumfang auf betriebs-
wirtschaftlich-mittelständliche Grundlage bezeichnen. Die Abgabe von
Höflichkeit an die Reichspostverwaltung befindet sich im Früh-
jahr kann damit gerechnet werden, daß im ganzen mindestens 8000
Köpfe an den Post- und Eisenbahn-Beseitigung werden werden.

Geleitpläne des früheren Reiches? Wie aus dem Vor-
melde wird, bringen die Blätter des International News Ser-
vice eine Kabelnachricht ihres Berliner Korrespondenten S. D.
Weber, die besagt: Wie ich von belandern unter der Seite er-
fahren, hat der frühere Kaiser sich vor einem Jahr, und zwar mit der
Belandern unter der Seite, der Witwe des Prinzen Schmal-
Carolet. Wie ich höre, ist die Hochzeit bis Ende Oktober ver-
schoben worden, d. h. der Geburtstag der verstorbenen Kaiserin
soll erst abgehandelt werden. — Derartige Meldungen sind schon
wiederholt aufgetaucht, aber sie waren stets erfinden.

Englische Seegen. In England verdrängt man sich den Kopf,
ob der frühere Herzog von Sassen-Coburg, der während
des Krieges als geborener Engländer-Offizier war, zur
Beerdigung einer Verwandten nach London kommen könne. Wirk-
lich eine höchst wichtige Frage.

Neues vom Tage

Schweres Grabungsglück in England.

Bei einer großen Bergwerkserschöpfung in Yorkshire an der
Cumberland wurden 40 Arbeiter in einem Schacht unter Gein-
tunden verhaftet. Dieser sind 24 Leiden geboren worden. Es
bezieht wenig Hoffnung auf Rettung der übrigen. Die Bergwerks-
arbeiter sind sehr glücklich, daß sie von dem Bergwerks-
betriebe betrieblie Bergleute wurden befreit, an die Oberfläche
gebracht.

Nach einer weiteren Meldung ist die Hoffnung, das Leben der
30 Bergarbeiter zu retten, die durch eine Explosion in Yorkshire
in Cumberland verhaftet wurden, jetzt aufgegeben worden. Bis-
her sind 25 Leiden geboren worden. Die übrigen 14 Leiden unter
einer Riesenfels von Trümmern. Bei dem Rettungsversuch gingen
die Beamten mit den Bergleuten in die Grube, und die Zahl der
Freiwilligen war größer als die der Sicherheitslampen. Die Re-
tungsarbeiten werden fortgesetzt.

Ein Denkmals für Kämpfer. Die Reichsministerien des
im Zustande gelassenen Minister Friedrichs R. Kämpfer
hoffen werden dem größten Bürgerbeland Deutschlands in Müllig
ein Denkmal mit Gedenkstein errichten. Die übrigen 14 Leiden unter
einer Riesenfels von Trümmern. Bei dem Rettungsversuch gingen
die Beamten mit den Bergleuten in die Grube, und die Zahl der
Freiwilligen war größer als die der Sicherheitslampen. Die Re-
tungsarbeiten werden fortgesetzt.

Die Leichen zweier Regimenter Umanien gefunden. Der ge-
richtliche Ausschuss in Petersburg meldet, daß die Leichen zweier Re-
gimenter des Kaiserlichen Umanien, Tselim und Krasnoj, bei dem
Bosporus gefunden wurden.

Ein neues Personalgesetz. In einer Verammlung der Schwen-
Arbeitsgemeinschaft wurde von Seiten des Allgemeinen
Arbeitsgeberverbandes erklärt, daß angesichts der enorm hohen
Stoffkosten, der hohen Löhne und der allgemeinen Leuerung ein
Antrag unter 20.000 M. nicht mehr geleistet werden könne. Die
Schiffahrtswirtschaft verlangt Erhöhung in Dollar oder Franken und
über die Löhne nur gegen die Löhne. Die übrigen 14 Leiden unter
einer Riesenfels von Trümmern. Bei dem Rettungsversuch gingen
die Beamten mit den Bergleuten in die Grube, und die Zahl der
Freiwilligen war größer als die der Sicherheitslampen. Die Re-
tungsarbeiten werden fortgesetzt.

Ein neues Personalgesetz. Das Reichsministerium,
das den englischen Ministerien für die Aufnahme von Kontingen-
den, hat ein neues Personalgesetz erlassen, das die Aufnahme
mit den bisherigen Können bis 31. März 1923 einberufen wird.
Die Regelung des Streits wird zwischen dem Reichsministerium und
eine Erleichterung schaffen und die Kostenpreise senken.

Ein neues Personalgesetz. Das Reichsministerium,
das den englischen Ministerien für die Aufnahme von Kontingen-
den, hat ein neues Personalgesetz erlassen, das die Aufnahme
mit den bisherigen Können bis 31. März 1923 einberufen wird.
Die Regelung des Streits wird zwischen dem Reichsministerium und
eine Erleichterung schaffen und die Kostenpreise senken.

Ein neues Personalgesetz. Das Reichsministerium,
das den englischen Ministerien für die Aufnahme von Kontingen-
den, hat ein neues Personalgesetz erlassen, das die Aufnahme
mit den bisherigen Können bis 31. März 1923 einberufen wird.
Die Regelung des Streits wird zwischen dem Reichsministerium und
eine Erleichterung schaffen und die Kostenpreise senken.

Ein neues Personalgesetz. Das Reichsministerium,
das den englischen Ministerien für die Aufnahme von Kontingen-
den, hat ein neues Personalgesetz erlassen, das die Aufnahme
mit den bisherigen Können bis 31. März 1923 einberufen wird.
Die Regelung des Streits wird zwischen dem Reichsministerium und
eine Erleichterung schaffen und die Kostenpreise senken.

Ein neues Personalgesetz. Das Reichsministerium,
das den englischen Ministerien für die Aufnahme von Kontingen-
den, hat ein neues Personalgesetz erlassen, das die Aufnahme
mit den bisherigen Können bis 31. März 1923 einberufen wird.
Die Regelung des Streits wird zwischen dem Reichsministerium und
eine Erleichterung schaffen und die Kostenpreise senken.

Ein neues Personalgesetz. Das Reichsministerium,
das den englischen Ministerien für die Aufnahme von Kontingen-
den, hat ein neues Personalgesetz erlassen, das die Aufnahme
mit den bisherigen Können bis 31. März 1923 einberufen wird.
Die Regelung des Streits wird zwischen dem Reichsministerium und
eine Erleichterung schaffen und die Kostenpreise senken.